

Die Lichtenstadt.

Beschuldigt der Franzmann nur gar so empört
Auf Deutschlands so reichliche Röden,
Auf deutsche Kraft und auf deutsches Licht.
Dass er sich das alles will holen? —

Ich habe seinhoh den Bleistift zerstört
Und war doch halb blöd und benommen,
Dann ist mir der Frage Antwort gegönnt
Und bin nun dahinter gekommen:

Die „Lichtenstadt“, so wird ja Paris wohl genannt
(Kunst ist die Pointe gegeben) —
Es kann der Franzose (das ist ja bekannt)
Doch ohne die „Flamme“ nicht leben!

V. St.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlinsständiges Notgeld.

Die Verordnung des Inhabers der vollziehenden Gewalt über die Ausgabe werbeständigen Notgeldes will nach amtlicher Mitteilung die Schaffung werbeständigen Notgeldes fördern, um die Zuführung der Ernte in die verbrauchenden Städte sicherzustellen. Anträge auf Genehmigung sind wie bisher an den Reichsminister der Finanzen zu richten. In besonders begründeten Fällen wird der Reichsminister der Finanzen Ausnahmen von den allgemeinen Bedingungen, insbesondere hinsichtlich der Bedingungen, zulassen. Das Notgeld soll den Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels nicht gegenüber den Kassen des Reiches, der Länder und der Reichsbank haben, selbstverständlich muss aber ein von einem Lande angegebenes Notgeld von den Kassen dieses Landes als Zahlungsmittel angenommen werden.

Strafausschub für Krupp usw.

Nachdem das Betriebsrätemitglied Müller der Kruppswerke, dessen Strafzeit ohnehin im Dezember abgelaufen wäre, dieser Tage bereits aus dem französischen Gefängnis entlassen wurde, ist nun auch den seit Kurzem aus der Haft entlaubten Herren Krupp von Bohlen und Halbach, sowie den Direktoren Hartwig, Bruhn und Oesterlein Strafausschub gewillt worden. Sie haben dadurch die Möglichkeit wiedererlangt, sich den jetzt besonders schwierigen Aufgaben der Kruppschen Geschäftsführung wieder zu widmen.

Zu Betrieb gesetzte Eisenbahnen.

Von den Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet wird bekanntgegeben, dass folgende Eisenbahnlinien von der Regie in Betrieb genommen werden: Werden—Stiele—Nord nach Auerstedt, die Linie Oberhausen, Hauptbahnhof, bis Kettwig über Mülheim—Schrum, die Linie Steele—Nord nach Dommern über Hattingen. Ferner wird die Eisenbahnregie folgende im Norden von Essen gelegenen Eisenbahnlinien in Betrieb nehmen: Mülheim—Herten nach Arns—Nord über Essen—Nord, Borken nach Mündorf, Verkehrsbahnhof nach Essen—Nord, Essen—Münster nach Essen—Nord, Bahnhof Segeroth. Diese Linien werden gegen den 15. November abgenommen und am 20. November in Betrieb gesetzt.

Deutsche Schulen in Polnisch-Oberschlesien.

Auf die Beschwerde von 41 Personen, die deutschen Unterricht für ihre Kinder beantragt hatten, füllte der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien, Kolonien, folgenden Schiedsspruch: Die zuständigen Vorstände sind verpflichtet, in dem Bezirk, zu dem die Boerschäfte im Kreise Piek gehören, eine Minderheitsschule im Sinne des Gesetz Abkommen zu errichten. Eine Beschwerde der Eltern war bereits am 10. Februar 1923 eingegangen, aber von der Wojewodschaft abgelehnt worden.

Holland.

X Attentat auf die Königin Wilhelmine? Aus dem Haag wird mitgeteilt, dass die Fenster eines Abteils eines Zuges, in dem die Königin Wilhelmine sich befand, beim Vorüberfahren eines anderen Zuges zertrümmert wurden. Die Königin sei nicht verletzt worden. Infolge dieses Zwischenfalles verbreitete sich in Holland das Gericht von einem Attentat gegen die Königin; es wurde behauptet, dass ein Revolventenschuss auf sie abgegeben worden sei.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die nächste Tagung des Staatsrats beginnt am Dienstag, den 11. 12. 1923.

München. Die Separatisten sind aus Bad Dürkheim von den Franzosen abtransportiert worden. Es blieb jedoch ein Kommando von 10 bis 15 Mann in der Stadt zurück, zu dessen Schutz jetzt Marotten in Dürkheim eingerichtet sind. Der Stellvertretende Regierungspräsident Letzterregierungrat Niederer-Sperner, ist ausgewiesen worden. Wie mitgeteilt wird, hat die neue separatistische Regierung den Ausgewiesenen erklärt, dass die Ausweisungen auf Befehl des Armeekommandos der Rheinarmee erfolgt seien.

München. Die polnische Regierung stieß an Bayern eine Mitteilung richten, in der gegen die Ausweisung polnischer Juden aus Bayern protestiert und die Ausweisung bayrischer Bürger aus Polen als Gegenmaßregel angekündigt wird.

München. Oberlandesgerichtsrat Böhner und Oberamtmann Fiedl, die in Schwabia genommen worden waren, sind nunmehr vor das ordentliche Gericht geführt worden.

Paris. Nach Meldung aus Konstantinopel hat der Unterstaatssekretär beschlossen, die französische Subdivision am Gymnasium von Galata-Serail aufzuhören und die französischen Lehrer zu entlassen.

Reichstag am 20. November.

Aussprache über die Lage.

Mit großer Bestimmtheit wird nunmehr in der schlechtesten Regierungslage endlich ein entscheidender Schritt, zum mindesten eine Klärung der langsam immer unhalbaren werdenden Verhältnisse angebahnt. Der Altersrat des Reichstages, der eigentlich erst am Freitag tagen sollte, wurde plötzlich schon am Mittwoch zu einer Sitzung berufen, um zu der Frage der Einberufung sowohl des Reichstages wie auch des Auswärtigen Ausschlusses Stellung zu nehmen.

Der Altersrat beschloss, die Plenarsitzung des Reichstages am Dienstag, den 20. November, aufzuschieben zu lassen. Auf die Tagesordnung wurde außer kleinen

Verträgen mit auswärtigen Staaten die politische Aussprache gesetzt. Am Sonnabend, den 17. November, vormittags, wied der Auswärtige Ausschuss tagen.

Bei der Diskussion wurde die Frage einer Regierungsnominierung aufgeworfen, d. h. eines Rücktritts des Reichskanzlers Dr. Stresemann. Mehrfach wurde betont, in diesem Falle müsse unverzüglich eine neue Regierung gebildet werden. Auch die Möglichkeiten der Auflösung des Reichstages wurde gestreift.

Währung und Finanzlage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Intervention über Währungsverschall und Finanzmaßnahmen der Reichsregierung eingebrochen, in der u. a. die Regierung um Beantwortung folgender Fragen erfragt wird:

1. Wie ist der augenblickliche Stand der Reichsfinanzen? Wie hoch sind die täglichen Ausgaben und Einnahmen?
2. Wie gestaltet sich voraussichtlich der Etat in den nächsten Monaten, in Goldmark berechnet?
3. Welche Maßnahmen hat die Regierung zur Beseitigung des Defizits ins Auge gesetzt?
4. Sagen die zu treffenden Währungsmaßnahmen fest, insbesondere auch die Einlösung der Papiermark in eine werbeständige Anteile oder in ein werbeständiges Zahlungsmittel?
5. Ist sichergestellt, dass die Reichsbank künftig Kredite ausschließlich auf Goldbasis gibt?

Gegen Hunger und Vereinsamung.

Beschlagnahme von Lustbarkeitsstätten.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seest, erlässt eine Bekanntmachung, in der auf die Unzulänglichkeit und Vereinsamung weiterer Volkschichten hingewiesen wird. Die Militärbefehlshaber werden aufgefordert, die Belästigung der Not mit Nachdruck fortzusetzen. Engstes Zusammenarbeiten mit Behörden, Verbänden, gemeinnützigen Vereinen, amtlichen und privaten Wohlfahrtsstellen ist erforderlich. Die Militärbefehlshaber sollen sich in der angedeuteten Richtung tüchtig einsetzen und sich nicht durch bureaukratische Hemmnisse beeinträchtigen lassen. Die Bekanntmachung führt fort:

Neben der Lebensmittelversorgung halte ich für besonders dringlich die Beschaffung von Heizmaterialien, bzw. die Errichtung und Bereitstellung von heizbaren Räumlichkeiten zum Einnehmen der Schweine, zum Aufenthalt während des Tages, zum Übernachten. Frauen und Kinder in erster Linie müssen, soweit irgend möglich, davor geschützt werden, dass sie im kommenden Winter unheilvollen Schaden an ihrer Gesundheit erleiden. Für Zugzüge, Schlafereien und solche vielseitige Lustbarkeiten ist in Deutschland von heute kein Raum. Alle Gasträume und Gaststätten, die diesen Tendenzen dienen (sog. Schlafzimmersäle, Bildersäle, Tanzpaläste usw.), sind in erster Linie geeignet, ihre Räumlichkeiten und Rächen einrichtungen der Fürsorge für die nördelnde Bevölkerung in Gestalt von Vollschülchen, Volksspeisenanstalten, Bäckereien, übernahmen und den entsprechenden amtlichen oder privaten Pflegeanstalten zur Ausnutzung zu überweisen.

Der Oberbefehlshaber weist schließlich nochmals darauf hin, nötigenfalls auch vor Härten nicht zurückzuschrecken, da die Erhaltung der Volksgesundheit Lebenswichtig, solche Verträge es aber nicht seien.

England und die Sonderbündler.

Keine Förderung der Abfallbewegung.

Der englische Vorschafter Lord Crewe in Paris überreichte Poincaré die Antwort seiner Regierung auf die französische Note vom 2. November, die die Widerlegung einer ersten englischen Note vom 31. Oktober über die Ergebnisse im Rheinlande darstellte.

In dem neuen Dokument, welches Lord Crewe am Quai d'Orsay zurückgelassen hat, stellt die englische Regierung sich erneut auf den Standpunkt, dass jede Abfallbewegung im Innern des Reiches eine Veränderung der nach dem Verfallen Vertrag festgesetzten Grenzen zur Folge habe, die mit der Machtverteilung dieses Vertrages gleichbedeutend sei.

Es wird sogar betont, dass England diesmal seine Argumente mit größerer Schärfe als in der ersten Zeit zum Ausdruck bringe. Seinerseits hätte Poincaré dem englischen Vorschafter die französische Antwort auf die englische Note vom 5. November übergeben. Bekanntlich zässt die englische Regierung darin, eine Reihe von Tatsachen auf, in denen sie den Beweis dafür erbracht will, dass zahlreiche französische Beamte im Rheinlande und in der Obervorstadt im Hinblick auf die Abfallbewegung eine Haltung absoluter Neutralität eingenommen haben.

Kündigung auf den Ruhrzeichen.

Gelsenkirchen, 15. November.

Auf den Zechen ist folgende Bekanntmachung an die Belegschaften angeschlagen worden: Bei der völligen Erfüllung der Vertragsmittel, bei der Ungellschärfestellung der zulässigen Absatzmöglichkeiten und der trostlosen Lage des Verkehrs, bei den schweren uns von den Besatzungsmächten gestellten Bedingungen ist es heute nicht zu übersehen, ob und inwieweit in Zukunft ein Betrieb möglich ist. Wir sind daher zu unserem Bedauern gezwungen, unserer gesamten Belegschaft zum 30. November zu kündigen. Soweit die heutige vorhandene Beschäftigungsmöglichkeit sich wirtschaftlich aufrechterhalten lässt, wird der Betrieb weitergeführt.

Vier Möglichkeiten für Kahr.

Die Korrespondenz Hoffmann schreibt:

Vier Möglichkeiten gab es am Abend des Donnerstag im Bürgerbräukeller für Herrn v. Kahr und seine zwei Schülerschüler, Generol v. Lossow und Oberst v. Seisser, als sie vor den Pistolen Hitlers und seiner Leute standen.

Erste Möglichkeit: Der Gewalt mit Gewalt begegnen und schlagen.

Folgen: Ein Büttnad ohne gleichen Kampf aller gegen alle. Panik, Tod von Hunderten, Tausenden nationaler Menschen.

Zweite Möglichkeit: Nein sagen.

Folgen: Dr. v. Rohr, General v. Lossow und Oberst Seisser in Haft. Hitler hatte vor dem Betreten des Zimmers, in das die drei Männer von Schwerbewaffneten geführt worden waren, gerufen: „Posten her! Niemand verlässt lebend dieses Zimmer ohne meine Erlaubnis!“ Regierung, Reichswehr, Polizeiwohr, direktionslos, Herz der Truppen, der legten Süße des Staates und der Ordnung, Hitler-Diktatur und Todeszug nach Berlin. Bürgerkrieg, Mord und Totsilog, Massengrab der deutschen Jugend, Eingreifen der Franzosen wie der übrigen Ententemächte, Verfall und Ende des Deutschen Reiches.

Dritte Möglichkeit: Vor der Mündung der Pistole die Meinung ändern und das vor wenigen Stunden noch als wahnunmögliches Abenteuer bezeichnete und abgelehnte Unternehmen mitmachen.

Folgen: Verabschiedung aller anständigen Menschen für diese Tat der Freiheit, kurzes Amüser von Hitlers Gnaden, dann Erzeugung durch Hitlers Hünslinge. Im übrigen dann dieselbe Katastrophe wie bei der zweiten Möglichkeit. Ende Deutschlands.

Vierte Möglichkeit: Versuch, unter allen Umständen die eigene Bewegungsfreiheit wieder zu gewinnen, um das Reich und Bayern zu retten, und sei es auf Kosten des eigenen guten Namens.

Folgen: Verlängerung und Beschimpfung durch Feind und Freund. Bellagerungster Tod einiger junger Verbündeter und einiger braver und pflichttreuer Männer, aber auch Rettung der Tausende im Saal und vor allem: Rettung Deutschlands, Rettung Bayerns.

Diese vier Möglichkeiten gab es, Herr v. Kahr und seine Gehörten haben die vierte gewählt.

Der Tod des „Cumberländer“.

Wien, 15. November.

Herzog Ernst August von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, ist dem Schlaganfall, den er vor einigen Tagen in Gründen am Traunsee erlitten hat, erlegen. Mit ihm verschwindet ein Mann, der in der Geschichte des Deutschen Reiches eine nicht uninteressante, wenn auch nur passive Rolle gespielt hat.

Der Herzog wurde am 21. September 1845 in Hannover als einziger Sohn des Kronprinzen, späteren Königs Georg V. von Hannover geboren. Der „blinde König“ wurde bekanntlich 1866 nach dem preußisch-österreichischen Krieg, in dem sich Hannover auf Österreichs Seite gestellt hatte, entthront und Vater und Sohn lebten fortan in der Fremde. Als Georg V. das Zeichen legte, erklärte Ernst August in einem Schreiben, dass er seine Rechte auf das Königreich Hannover wahre; man sagte damals, dass er das seinem sterbenden Vater feierlich gelobt habe. Infolge seines Verhaltens wurde ihm daraus hin auch der Thron Braunschweigs, dessen einziger Erbe er war, gesetzt, und der Bruch mit Preußen schien unheilbar zu sein. Aber wider alles Erwartet kam es ganz anders!

Der Herzog hatte aus seiner Ehe mit der Prinzessin Thyra von Dänemark, einer Tochter Christians IX., neben zwei Töchtern zwei Söhne. Der ältere dieser Söhne wurde eines Tages unweit von Berlin auf einer Autofahrt tödlich verletzt, und Wilhelm II. ließ durch einen seiner Söhne sich bei der Trauerfeier für den Verstorbenen vertreten. Das hatte zur Folge, dass des Herzogs zweiter Sohn, der gleich dem Vater Ernst August heißt, in Berlin einen Dankesbrief abschreibt. Damit rüttelten sich Beziehungen an, wie ein paar Jahre später wurde der Herzogloben der Gemahlin des einzigen Sohnes des deutschen Kaisers. Die Auseinandersetzung zwischen Hohenzollern und Wettin war Tatsache geworden, und Ernst August der Jüngere fand den braunschweigischen Thron bestiegen. Der „Cumberländer“ — wie man den alten Herzog nannte — fand sich aber dieses Aufstieges seines Hauses nicht lange erschöpft, denn die Revolution brachte, wie man weiß, wieder einen Abstieg, und die Braunschweiger Kinder muhten bei dem Vater in Gründen eine Zuflucht suchten.

Im übrigen hatte der „Cumberländer“ für die Politik sein allzu großes Interesse: die Jagd war ihm entschieden lieber und wichtiger. Es sei noch bemerkt, dass er als einer der reichsten Fürsten Europas galt. Trotzdem soll auch er zuletzt infolge der Gedankenverwirrung in Schwierigkeiten geraten sein, und es war erklärlich das Gefährlich verriet, dass er einen Teil der Kostenwerken des seinem Hause gehörenden „Welfenschares“ nach Amerika zu versetzen gedachte.

Höhere Angestelltenversicherungsbeiträge

Höchste Klasse über eine Milliarde.

Nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 9. November 1923 gelten vom 12. November 1923 folgende Gehalts- und Beitragstafeln:

Gehaltsklasse	monatliches Entgelt		Monatsbeitrag
	von mehr als	bis zu	
44	5 Billionen	7	224
45	7	10	316
46	10	15	466
47	15	20	652
48	20	25	833
49	25	—	—
50	25	—	1024

Der Beauftragte auf den Märkten lautet über den zehntausendsten Teil des bisherigen Verkaufspreises. Zum bisherigen Verkaufspreise werden Märkte nicht mehr abgegeben.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten

Seit der Vorwoche um 121,8 %.

Die Reichsüberziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) deutet sich nach Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 12. November auf das 218,5 Milliardenfache des Vorriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (28,5 Milliarden) beträgt demnach 121,8 %.

Erhöhung der Großhandelspreise um 106 %.

Die an den Stichtag des 13. November berechnete Großhandelsüberziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt bei einem amtlichen Dollarkurs von 840 Milliarden Mark das 265,5 Milliardenfache der Vorriegspreise und ist gegenüber dem Stande vom 6. November um 106 % gestiegen.